



■ Dunja Schwarz-Fink  
Referentin

## Migration

### Integration von Flüchtlingen als Chance und Herausforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte

2016 wurden dem Land Brandenburg im Rahmen des sogenannten EASY-Verfahrens auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels 9.817 Asylbewerberinnen und -bewerber zur Erstaufnahme zugewiesen. Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, die Russische Föderation, Afghanistan, Iran und Kamerun. Obwohl sich mittlerweile herausgestellt hat, dass eine dauerhafte Unterbringung in ländlichen Bereichen aufgrund mangelnder Infrastruktur in der Regel kaum gelingt, werden die Flüchtlinge nach wie vor in allen Regionen des Landes untergebracht. Die Berücksichtigung struktureller Mindestbedingungen - vom Paritätischen immer wieder eingefordert - ist angesichts der hohen Ankunftsahlen meist nicht erfolgt. Dort, wo der Verband direkten Einfluss nehmen konnte, wurde jedoch einiges erreicht. Durch allseitige Kommunikation konnte erfreulicherweise auch die Integration in die Regeldienste der Sozialen Arbeit befördert werden.

### Vielfalt ist für uns ohne Alternative! - Kooperation mit InSchwung

Viele Mitgliedsorganisationen berichten, dass Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und Migrantinnen und Migranten ebenso wie rechtspopulistische und undemokratische Wertvorstellungen gesellschaftlich zunehmend akzeptiert werden. Vor allem für das Wahljahr 2017 war zu befürchten, dass die Ressentiments politisch gezielt geschürt werden und undemokratische Einstellungen sich weiter verbreiten und verfestigen. Um diesen Entwicklungen entgegenzutreten, hat sich der Verband wo immer möglich für die Beförderung von Offenheit, Vielfalt und Toleranz eingesetzt. Die auch im vergangenen Jahr zahlreichen, in Kooperation mit der Paritätischen Beteiligungsagentur InSchwung konzipierten und durchgeführten Schulungs-, Beratungs- und Fortbildungsangebote haben sicher ebenso wie eine ganze Reihe regionaler Fach- und Informationstage sowohl zur interkulturellen Öffnung als auch zur Ermutigung und Stärkung der demokratischen Kräfte vor Ort beitragen können. Dies nicht zuletzt, weil sie vielen regionalen Akteurinnen und Akteuren Gelegenheit zum Austausch boten. Diese Angebote haben, wie entsprechende Rückmeldungen belegen, durchaus ermutigend gewirkt: Paritätische Träger und Einrichtungen sind ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft, weil sie sich aktiv und offen gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus positionieren.

### Beratungsangebote vor Ort gestärkt

Die Lebenssituation asylsuchender und geflüchteter Menschen wird maßgeblich von der Integrationsleistung der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Institutionen geprägt. Hier wurden im letzten Jahr beachtliche Fortschritte erzielt. So wurde das Spektrum an Beratungsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund erheblich ausgebaut. Ein besonderes Beispiel ist der Arbeiter Samariter Bund Uckermark. Er berät seit 17 Jahren Migrantinnen und Migranten und setzt sich auch praktisch für die Integration ein. 2017 hat er zusätzlich eine Migrationsberatungsstelle für erwachsene Zugewanderte eingerichtet.

Derzeit engagieren sich zahlreiche Paritätische Träger aus allen Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit für Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten. Sie waren im vergangenen Jahr recht erfolgreich darin, eine Vielzahl praktischer und kreativer Projekte für und mit Migrantinnen und Migranten durchzuführen und dafür die bereitgestellten Bundes- und Landesmittel zu nutzen. Das Referat Migration und die Regionalbüros haben dabei wo immer möglich unterstützt, koordiniert und begleitet. Um die Verzahnung mit verschiedensten verbandlichen Regeldiensten zu befördern, wurden und werden die integrationsrelevanten Informationen in alle Verbandsbereiche transportiert und parallel in den verbandlichen Gremien kommuniziert. Um die immer noch rasant verabschiedeten gesetzlichen Neuerungen und Entwicklungen aktuell im Beratungsgeschehen berücksichtigen zu können, werden den Mitgliedsorganisationen zeitnah kontinuierlich aktualisierte Materialien bereitgestellt: Je aktueller fachliche und rechtliche Informationen sind, desto besser kann die Beratung erfolgen. Viele Informationen sind auch über die vom Landesverband eingerichtete Website unter [www.fluechtlingshilfe-brandenburg.de](http://www.fluechtlingshilfe-brandenburg.de) abrufbar.

### Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“

Acht Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Brandenburg und die Freiwilligenagentur Cottbus haben im vergange-



Deutsch lernen: spielerisch mit Patinnen und Paten und im Integrationskurs



nen Jahr über 230 Patenschaften gestiftet. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, die als Patinnen und Paten geflüchtete Menschen bei der Integration unterstützen möchten, können über Mittel des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eingerichteten Programmes „Menschen stärken Menschen“ entsprechend geschult und begleitet werden.

Was gut ist, setzt sich durch: Das Patenprogramm wird fortgesetzt. Viele der 2016 gestifteten Patenschaften haben noch immer Bestand, parallel sind bis Jahresmitte 2017 weitere 79 hinzugekommen. Mitunter sind daraus auch Freundschaften entstanden. Umso bitterer ist es, wenn die Patinnen und Paten erfahren müssen, dass die Menschen, für deren Integration sie sich eingesetzt haben und die sich mittlerweile erfolgreich in das Gemeinwesen einbringen, plötzlich von Abschiebung bedroht, zur Ausreise verpflichtet oder sogar direkt ausgewiesen werden.

## Neufassung des Landesintegrationskonzeptes

Die jüngste Fassung des Landesintegrationskonzeptes wurde 2014 verabschiedet. Seither hat sich viel verändert. Der Brandenburger Landtag hat die Regierung deshalb mit einer Neufassung beauftragt. Sie soll den veränderten Herausforderungen Rechnung tragen und dabei sowohl die aktuellen Bedarfe und Aktivitäten als auch die zukünftig geplanten Maßnahmen benennen. Außerdem soll sie Instrumente zur Maßnahmenevaluation vorsehen und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Initiativen, Verbände und Interessenvertretungen von Menschen mit Migrationshintergrund sollen, so eine weitere Forderung, frühzeitig in den Reformprozess eingebunden werden.

Ein erster Entwurf liegt mittlerweile vor. Es ist bedauerlich, dass die Verbände ihre Vorstellungen während des

Erarbeitungsprozesses nicht einbringen konnten, weil sie erst in der Abstimmungsphase beteiligt wurden. Kritisch ist auch, dass die erheblichen Leistungen, die die Freie Wohlfahrtspflege und die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen bislang bei der Unterbringung und der Förderung der Integration erbracht haben, entschieden zu wenig berücksichtigt sind. Denn daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern: Vor Ort kann Integration in Brandenburg nur unter Beteiligung zivilgesellschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Vereine erreicht werden. Der Paritätische hat seine Aufgaben und die seiner Mitglieder deshalb in die Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege eingearbeitet und damit die entsprechenden Aktivitäten hervorgehoben.

Die vergangenen beiden Jahre haben gezeigt: Unabdingbare Voraussetzung gelingender Integrationsprozesse ist, dass der einzelne Mensch und seine individuellen Potenziale und Bedürfnisse auch in Zeiten großer Herausforderungen nicht aus dem Blick geraten. Und bei aller Unterschiedlichkeit der individuellen Erfahrungen sind die Grundbedürfnisse aller Menschen nach einem sicheren Ort zum Leben, nach Teilhabe und Integration in die Gemeinschaft grundsätzlicher Natur. Um das zu gewährleisten ist es nötig, dass die im Landesintegrationskonzept benannten Maßnahmen nicht nur tatsächlich umgesetzt werden und greifen, sondern auch evaluiert werden.

Der Verband wird diesen Prozess beobachten und unterstützen. Er wird über seine Mitarbeit in den Integrationsbeiräten und anderen politischen Gremien steuernd Einfluss nehmen und sich gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen an der Entwicklung von Qualitätsstandards, regionalen Umsetzungskonzepten und ihrer Realisierung beteiligen. Vor Ort in den Kommunen, Landkreisen und Gemeinden wird sich zeigen, ob medizinische und psychosoziale Versorgungsleistungen, Kinderbetreuungsangebote und schulische Integration sichergestellt sind und ob die Integrationskurse so zielgruppenspezifisch konzipiert und durchgeführt werden, dass die Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht nur grundsätzlich, sondern auch langfristig gelingt.

<http://www.fluechtlingshilfe-brandenburg.de>